

kürbiskern

An die 300 Proletarier standen an der Mauer
Arthur Killus: Hearing nach 50 Jahren
Mischa Gallé: Schulspeisung 1948
Ernst S. Steffen: Arbeit im Zuchthaus
Klaus Stiller: Sonette über Mietverhältnisse
Guntram Vesper: Kurze Prosa
Friedrich Röhl: Neues Modell des Sozialismus —
Yaak Karsunke: Böhmisches Dörfer
Christian Geissler: Anstelle eines Berichtes aus Prag
O. Behnssen / W. Brannasky: Demonstration —
F. Schmid: Demokratisierung oder Liberalisierung
Friedrich Hitzer: Imperialistische Strategie —
E. Högemann-Ledwohn: Rückweg zum Kapitalismus
Nguyén Hun Nghi: An einen deutschen Genossen
Janis Ritsos: Zwei Gedichte
Protokoll: Griechen in Schweden
Sebastian Peren: Wahlen in Griechenland
Yaak Karsunke: Große APO-Koalition?
Hannes Stütz: Wählen oder Nichtwählen?
Prof. Dr. Werner Hofmann: Rede

Hannes Stütz Wählen oder Nichtwählen?

— Antwort an Yaak Karsunke —

Frisch aufgeklärt über die Unterschiede zwischen wissenschaftlicher und religiöser Diskussion, möchte ich auch mein Scherflein in den Klingelbeutel werfen. Dabei bitte ich um Milde, wenn ich mir zur Frage „1969 Wählen oder Nichtwählen“ bereits eine Meinung gebildet habe.

Die Marxisten der Bundesrepublik haben bis jetzt noch keine einheitliche sozialistische Partei geschaffen. Durch möglichst große Aktionseinheit bei gleichzeitiger theoretischer Auseinandersetzung ist diesem Ziel näherzukommen. Bis dahin kann es allerdings passieren, daß sich die verschiedensten Organisationen und Kreise regelmäßig oder unregelmäßig treffen, diskutieren, mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit treten, sogar mit der Absicht, diese zu verwirklichen, und das alles, ohne vorher Karsunke gehört zu haben (dies ganz ohne Absicht). Sollte sich für den Vorschlag, den Notstandsplanern 1969 mit einem Wahlbündnis Alternativkandidaten entgegenzustellen, wirklich keine Mehrheit finden, wäre seine Realisierung sowieso unmöglich. Wer soll hier wen und wie „administrieren“? Und „Potentiale“ „institutionell“ „übernehmen“? Etwa die „Sektierer“? (Als da sind: Abendroth, die Vereinigung Unabhängiger Sozialisten, Hofmann, die DKP, Niemöller, Günter Wallraff, die DFU, Vorsitzende Republikanischer Clubs, sozialistische Studenten, aktive Gewerkschafter, Betriebsräte usw.) Sie alle hätten ihre Beschlüsse sorgfältig vor einer offenen Diskussion in der gesamten Linken abgeschirmt? Nicht einmal, wenn Karsunke die gesamte Linke tatsächlich mit sich identifiziert, würde das zutreffen. Hier entfalten Begriffe wie „institutionell“, „administrieren“, „Manipulation“, „klassisch“, „typisch“ ein repressives Eigenleben, das weder ihnen noch dem Thema bekommt. Wenn „Manipulation“ nur noch eine Umschreibung für „Ich kann niemanden überzeugen“ ist, dann wäre definitorischer Aufwand auch für diesen Begriff durchaus zu rechtfertigen.

Was dabei herauskommt, liest sich dann so: (es) „wurde klar, daß relevante Teile der außerparlamentarischen Opposition von ihrer eindeutigen Verurteilung der Intervention nicht abzubringen sein würden“ (zur Frage CSSR). Richtig müßte der Satz lauten: Es wurde klar, daß relevante Teile der außerparlamentarischen Opposition von ihrer Befürwortung der Intervention nicht abzubringen sein würden, denn sie waren es, die Befürworter, die in den ersten

Tagen und Wochen nach dem Eingreifen der Warschauer-Pakt-Staaten einem politischen und moralischen Druck ausgesetzt waren, der an manchen Punkten den Boden der Rationalität verlassen hatte. Das mögliche Ergebnis einer Diskussion wurde, speziell von Kommunisten, als Bekenntnis vorneweg verlangt, ansonsten sei eine weitere Zusammenarbeit in Frage gestellt. (Über wissenschaftliche und religiöse Diskussion siehe den vorhergehenden Beitrag.) Wenn die Befürworter der Intervention unter anderem auch auf die verheerende Koalition Bild — Kiesinger — Teile der APO hinwiesen, dann nie, um einen Bündnispartner, sondern um eine politische Konstellation zu denunzieren. Von dieser Seite wurde das Bündnis nie in Frage gestellt. Allerdings wird auch das von Karsunke attackiert, weil ihm die Ausklammerung bestimmter Probleme die Verfahrensweise der Bonner Koalition zu sein scheint. (Daß diese Verfahrensweise Beträchtliches zur Stärkung des Kapitals in diesem Lande erbracht hat, sei hier nur bescheiden angemerkt, weil es ja nachgerade unpopulär wird, Verfahrensweisen auch auf ihren Inhalt und ihre Ergebnisse hin zu untersuchen.) Da niemand die Bündnisfähigkeit der Verurteiler der Intervention je bezweifelt hat, konnten sie auch nicht anderntags als Bündnispartner *wieder* herausgefischt werden. Vielleicht sieht die Situation bei Karsunke anders aus, der am 22. August auf einer Protestkundgebung „Solidarität mit Prag“ erklärte: „Die CSSR ist eine Lektion — wir sollten sie lernen. Die Geschichte, die wir machen, sollte über die hinweggehen, die dieser Lektion mit Ausflüchten und Lügen entgehen wollen. Wir werden uns von ihnen trennen müssen — ein großer Verlust wird es nicht sein. Wir sollten uns nicht von Namen blenden lassen, nicht von Traditionen, nicht von einem zitatgespickten Vokabular. ‚Wenn die‘, hat Fidel Castro gesagt, ‚die sich Kommunisten nennen, ihre Pflicht nicht erfüllen, werden wir die unterstützen, die im Kampf wie Kommunisten handeln‘.“ (Zitiert nach Sonderdruck zu „apo-press“ Nr. 13, München.)

Wenn Karsunke seine Meinung seit dem 22. 8. geändert hat, aus welchen Gründen immer, so ist das seine Sache. Er sollte aber die Ereignisse nicht einfach mit vertauschten Rollen referieren und sich über seinen nachträglich umgeschriebenen Part auch noch gekränkt oder amüsiert zeigen.

Im letzten Heft des „kürbiskern“ standen neben den Beiträgen von Geißler/Karsunke auch die von Hofmann/Hitzer/Vosz, die letzten drei mit einem Umfang von 14 Seiten, wovon der Beitrag Vosz, auch in der Überschrift als „PS zu Nachtrag II“ gekennzeichnet, genau eineinhalb Seiten ausmachte, eine teilweise polemisierende Anmerkung zu Karsunkes Nachtrag II. Niemand spricht einem Angesprochenen das Recht auf Antwort ab, aber wenn es Karsunke tatsächlich um das Ausdiskutieren der Aktion Bundestagswahl 69 geht und er gleichzeitig feststellt, daß die Zeit dafür nicht unbeschränkt ist, dann hätten wohl auch die Argumente von Prof. Hofmann und Hitzer eine Aufnahme in seinen Diskussionsbeitrag erfordert. Der Platz dafür stand auf den vorhergehenden Seiten zur Verfügung. Die Diskussion würde dann unter Umständen den politischen

Tagesfragen entsprechender verlaufen, die m. E. lauten: Soll dieses Wahlbündnis nicht doch mit einer sozialistischen Zielsetzung antreten? Wie stark sind die bürgerlichen Kräfte, die es mittragen? Wenn auch die dem Bündnis zugrunde liegende Analyse der Bundesrepublik und die daraus resultierenden nächsten Aufgaben der Linken richtig sind: Erkennen die Bürger dieses Staates in einem demokratischen Programm, das sich ja dem Regierungsvokabular nicht immer entziehen kann, eine Alternative? Sind die Erfahrungen der hessischen Kommunalwahlen ausgewertet, wo die SDO angeblich dort die höchsten Stimmenanteile errang, wo sie mit einer sozialistischen Perspektive auftrat? Stimmt es, daß diese Erfahrung auch in der baden-württembergischen Landtagswahl zu machen war? Diese ganze Problematik ist Karsunke *einen* Relativsatz wert, auch dieser nur als Hieb auf Vosz' Feststellung, „daß als Folge der reaktionären und neofaschistischen Offensive“ (dieser Teil wird nicht zitiert, das Zitat beginnt mit:) „die Auseinandersetzung mit opportunistischen und linkssektiererischen Auffassungen im eigenen Lager an Schärfe zunehmen wird“. Ersetzt man, wie Karsunke, den ersten Teil durch die Einleitung „Manfred Vosz kündigt bereits an, daß demnächst „die Auseinandersetzung . . . zunehmen wird““, dann verwandelt sich der dort konstatierte Sachverhalt in eine Drohung. Jemandem, der die Kühnheit hat, ausgerechnet dem Wahlbündnis spalterische Funktion zu bescheinigen und der großzügigen Umgang mit dem Wort „Sektierer“ pflegt, wäre eine gelassene Reaktion auf diesen Satz wohl angestanden. Aber zwanzig Zeilen, in denen polemisiert wird, sind wichtiger als vierzehn Seiten Argumentation und scheinbar willkommener Anlaß, eine Lektion zu erteilen, die man selbst noch nicht gelernt hat. Auf der Strecke bleibt die Diskussion über die Wahlalternative, die man ja führen statt nur fordern könnte, und wäre sie erst einmal sachlich, hätte vielleicht sogar Wissenschaftlichkeit eine Chance. Immerhin — wir bieten so das Beispiel einer Diskussion, die weit zurückhängt hinter den aktuellen Aufgaben, die trotzdem nicht prinzipiell ist, sondern lediglich prinzipielle Fragen zu subjektiver Gymnastik mißbraucht und die in ihrem Effekt ihren Anspruch genau ins Gegenteil verkehrt. Zur Nachahmung möchten wir sie nicht empfehlen. Vielleicht kann sie dadurch noch einen Sinn bekommen.

Ich habe eingangs das Thema „1969 Wählen oder Nichtwählen“ formuliert, obwohl es eigentlich heißen müßte „Soll die Außerparlamentarische Opposition 1969 bei den Bundestagswahlen kandidieren?“ Die Identität beider Fragen war für die Bildung meiner Meinung ein wichtiger Punkt. Sind die in der Außerparlamentarischen Opposition wirksamen Kräfte nicht in der Lage, für 1969 eine wählbare Alternative anzubieten, dann bedeutet das, daß erstens die bisher aktiven Teile der Apo nicht wählen können und dürfen, und daß dies zweitens auf einen noch nicht genau zu erfassenden Kreis von Sympathisierenden zutrifft. Die reale Konsequenz: Der politisch bewußteste Teil unserer Bevölkerung trifft sich mit dem apolitischen in der Wahlenthaltung. Hat das etwas

Tagen und Wochen nach dem Eingreifen der Warschauer-Pakt-Staaten einem politischen und moralischen Druck ausgesetzt waren, der an manchen Punkten den Boden der Rationalität verlassen hatte. Das mögliche Ergebnis einer Diskussion wurde, speziell von Kommunisten, als Bekenntnis vorneweg verlangt, ansonsten sei eine weitere Zusammenarbeit in Frage gestellt. (Über wissenschaftliche und religiöse Diskussion siehe den vorhergehenden Beitrag.) Wenn die Befürworter der Intervention unter anderem auch auf die verheerende Koalition Bild — Kiesinger — Teile der APO hinwiesen, dann nie, um einen Bündnispartner, sondern um eine politische Konstellation zu denunzieren. Von dieser Seite wurde das Bündnis nie in Frage gestellt. Allerdings wird auch das von Karsunke attackiert, weil ihm die Ausklammerung bestimmter Probleme die Verfahrensweise der Bonner Koalition zu sein scheint. (Daß diese Verfahrensweise Beträchtliches zur Stärkung des Kapitals in diesem Lande erbracht hat, sei hier nur bescheiden angemerkt, weil es ja nachgerade unpopulär wird, Verfahrensweisen auch auf ihren Inhalt und ihre Ergebnisse hin zu untersuchen.) Da niemand die Bündnisfähigkeit der Verurteiler der Intervention je bezweifelt hat, konnten sie auch nicht anderntags als Bündnispartner *wieder* herausgefischt werden. Vielleicht sieht die Situation bei Karsunke anders aus, der am 22. August auf einer Protestkundgebung „Solidarität mit Prag“ erklärte: „Die CSSR ist eine Lektion — wir sollten sie lernen. Die Geschichte, die wir machen, sollte über die hinweggehen, die dieser Lektion mit Ausflüchten und Lügen entgehen wollen. Wir werden uns von ihnen trennen müssen — ein großer Verlust wird es nicht sein. Wir sollten uns nicht von Namen blenden lassen, nicht von Traditionen, nicht von einem zitatsgepickten Vokabular. ‚Wenn die‘, hat Fidel Castro gesagt, ‚die sich Kommunisten nennen, ihre Pflicht nicht erfüllen, werden wir die unterstützen, die im Kampf wie Kommunisten handeln‘.“ (Zitiert nach Sonderdruck zu „apo-press“ Nr. 13, München.)

Wenn Karsunke seine Meinung seit dem 22. 8. geändert hat, aus welchen Gründen immer, so ist das seine Sache. Er sollte aber die Ereignisse nicht einfach mit vertauschten Rollen referieren und sich über seinen nachträglich umgeschriebenen Part auch noch gekränkt oder amüsiert zeigen.

Im letzten Heft des „kürbiskern“ standen neben den Beiträgen von Geißler/Karsunke auch die von Hofmann/Hitzer/Vosz, die letzten drei mit einem Umfang von 14 Seiten, wovon der Beitrag Vosz, auch in der Überschrift als „PS zu Nachtrag II“ gekennzeichnet, genau eineinhalb Seiten ausmachte, eine teilweise polemisierende Anmerkung zu Karsunkes Nachtrag II. Niemand spricht einem Angesprochenen das Recht auf Antwort ab, aber wenn es Karsunke tatsächlich um das Ausdiskutieren der Aktion Bundestagswahl 69 geht und er gleichzeitig feststellt, daß die Zeit dafür nicht unbeschränkt ist, dann hätten wohl auch die Argumente von Prof. Hofmann und Hitzer eine Aufnahme in seinen Diskussionsbeitrag erfordert. Der Platz dafür stand auf den vorhergehenden Seiten zur Verfügung. Die Diskussion würde dann unter Umständen den politischen

Tagesfragen entsprechender verlaufen, die m. E. lauten: Soll dieses Wahlbündnis nicht doch mit einer sozialistischen Zielsetzung antreten? Wie stark sind die bürgerlichen Kräfte, die es mittragen? Wenn auch die dem Bündnis zugrunde liegende Analyse der Bundesrepublik und die daraus resultierenden nächsten Aufgaben der Linken richtig sind: Erkennen die Bürger dieses Staates in einem demokratischen Programm, das sich ja dem Regierungsvokabular nicht immer entziehen kann, eine Alternative? Sind die Erfahrungen der hessischen Kommunalwahlen ausgewertet, wo die SDO angeblich dort die höchsten Stimmenanteile errang, wo sie mit einer sozialistischen Perspektive auftrat? Stimmt es, daß diese Erfahrung auch in der baden-württembergischen Landtagswahl zu machen war? Diese ganze Problematik ist Karsunke *einen* Relativsatz wert, auch dieser nur als Hieb auf Vosz' Feststellung, „daß als Folge der reaktionären und neofaschistischen Offensive“ (dieser Teil wird nicht zitiert, das Zitat beginnt mit:) „die Auseinandersetzung mit opportunistischen und linkssektiererischen Auffassungen im eigenen Lager an Schärfe zunehmen wird“. Ersetzt man, wie Karsunke, den ersten Teil durch die Einleitung „Manfred Vosz kündigt bereits an, daß demnächst „die Auseinandersetzung . . . zunehmen wird““, dann verwandelt sich der dort konstatierte Sachverhalt in eine Drohung. Jemandem, der die Kühnheit hat, ausgerechnet dem Wahlbündnis spalterische Funktion zu bescheinigen und der großzügigen Umgang mit dem Wort „Sektierer“ pflegt, wäre eine gelassene Reaktion auf diesen Satz wohl angestanden. Aber zwanzig Zeilen, in denen polemisiert wird, sind wichtiger als vierzehn Seiten Argumentation und scheinbar willkommener Anlaß, eine Lektion zu erteilen, die man selbst noch nicht gelernt hat. Auf der Strecke bleibt die Diskussion über die Wahlalternative, die man ja führen statt nur fordern könnte, und wäre sie erst einmal sachlich, hätte vielleicht sogar Wissenschaftlichkeit eine Chance. Immerhin — wir bieten so das Beispiel einer Diskussion, die weit zurückhängt hinter den aktuellen Aufgaben, die trotzdem nicht prinzipiell ist, sondern lediglich prinzipielle Fragen zu subjektiver Gymnastik mißbraucht und die in ihrem Effekt ihren Anspruch genau ins Gegenteil verkehrt. Zur Nachahmung möchten wir sie nicht empfehlen. Vielleicht kann sie dadurch noch einen Sinn bekommen.

Ich habe eingangs das Thema „1969 Wählen oder Nichtwählen“ formuliert, obwohl es eigentlich heißen mußte „Soll die Außerparlamentarische Opposition 1969 bei den Bundestagswahlen kandidieren?“ Die Identität beider Fragen war für die Bildung meiner Meinung ein wichtiger Punkt. Sind die in der Außerparlamentarischen Opposition wirksamen Kräfte nicht in der Lage, für 1969 eine wählbare Alternative anzubieten, dann bedeutet das, daß erstens die bisher aktiven Teile der Apo nicht wählen können und dürfen, und daß dies zweitens auf einen noch nicht genau zu erfassenden Kreis von Sympathisierenden zutrifft. Die reale Konsequenz: Der politisch bewußteste Teil unserer Bevölkerung trifft sich mit dem apolitischen in der Wahlenthaltung. Hat das etwas

zu besagen? Der subjektive Faktor ist schließlich in beiden Gruppierungen grundverschieden. Zwischenüberlegung: Vielleicht reagieren die Apolitischen sogar instinktiv richtig, so daß das seltsame Zusammentreffen erklärt wäre: Der aktive, bewußte Wahlboykott trifft sich mit dem zwar passiven, aber objektiv zum selben Ergebnis kommenden Leck-mich-am-Arsch-Standpunkt. Aber: Erfahrungsgemäß bewegen sich die Nichtwähler, auch wenn ihre Reihen quer durch die soziale Hierarchie gehen, meistens in konservativen Denkprogrammen. Wenn hier jemand ertet, dann allenfalls die NPD. Ich erinnere an den Slogan, mit dem die NPD in ihren ersten Wahlkampf zog. Er hieß: „Man kann wieder wählen.“

Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Apo Ausbauchancen zunächst nur auf einem Feld hat: bei den konstanten Wahlgängern, und da wahrscheinlich bei denen, die bisher am bewußtesten zur Wahl gingen, überwiegend bei SPD-Wählern. Die Protokolle z. B. des letzten Gewerkschaftstages der IG Metall sind in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich. Was die äußeren Ergebnisse angeht, war es der Gewerkschaftstag der SPD. Interessant ist aber die Qualität vieler kritischer Diskussionsbeiträge und das knappe Abstimmungsergebnis für die Konzentrierte Aktion: 200 : 163. Hier artikuliert sich, und nicht nur in der IGM, eine Opposition gegen die Politik der SPD-Führung, die jedoch ihrerseits alles daransetzt (und mit Erfolg, wie der Ablauf des IGM-Tages gezeigt hat) ihre Linie durchzuboxen. Wie die Bourgeoisie die Situation einschätzt, belegt ein Kommentar der FAZ vom 4. 11. 69: „Die Auseinandersetzung über die Mitbestimmung ist zwar von der entscheidenden Phase noch ein Stück entfernt. (...) Andererseits stimmt nun auch die radikale Linke . . . mit lauterem Tönen in den Mitbestimmungsschor ein. Damit erhält die Diskussion eine neue wichtige Nuance. (...) Während führende Gewerkschaftler den Eindruck erwecken, sie würden sich als Mitbestimmende in einer freien Wirtschaft nahtlos in dieses Ordnungssystem einpassen, geben Funktionäre der mittleren und unteren Führungsschicht zu erkennen, daß es ihnen im Grunde darum geht, im Betrieb Gegenmachtpositionen aufzurichten, also den Klassenkampf in die Entscheidungsgremien der Betriebe hineinzutragen. (...) Der kürzlich abgehaltene Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier hat deutlich gemacht, wie weit die Übereinstimmung der geschickt formulierten kommunistischen Mitbestimmungsideen mit den Ansichten weiter Kreise in den gewerkschaftlichen Funktionärsschichten gehen kann.“ Frage: Was machen z. B. die 163 Delegierten des IGM-Tages, die gegen die Konzentrierte Aktion gestimmt haben, in der nächsten Bundestagswahl? Wird eine Alternative nicht geboten, sind sie entweder zur SPD-Wahl oder zur Stimmenthaltung gezwungen. In die Rolle des Bankiers A. versetzt würde mich das erste erfreuen und das zweite beruhigen. Meine Freude würde dem Umstand gelten, daß es mir gelungen ist, einen bewußten und für die Meinungsbildung in den Betrieben bedeutsamen Teil der Arbeiterklasse weiter hinter eine korrupte Führung zu spannen, meine Ruhe der Tat-

sache, daß ein Gegner sich ins Austragsstüberl zurückzieht. Das Fehlen einer wählbaren Alternative hat für den Teil der Bevölkerung, den die Außerparlamentarische Opposition als nächsten erreichen muß (und kann), im Augenblick nur zwei mögliche Ergebnisse: Disziplinierung oder Resignation. Ein Wahlboykott erschiene mir überhaupt erst diskutabel, wenn die der Apo am nächsten stehenden Kräfte 1. die Klassenrolle der SPD-Führung auf der anderen Seite der Barrikade erkannt hätten, ebenso 2. den Herrschaftscharakter des bürgerlichen Parlamentarismus, wenn 3. darüber hinaus sich in den Betrieben, Schulen und Universitäten breite Aktivitäten entwickelt hätten, die durch synchronisierten Druck auf die unmittelbaren Exponenten der Herrschaft an konkreten Punkten demokratische Veränderungen erkämpft hätten, die eine eigene Dynamik entfalteten und den Charakter der Herrschaft in Frage stellten, und wenn 4. die Großbourgeoisie dieser Situation nicht anders zu begegnen wüßte als mit durch Prozentklauseln und Wahlrechtskniffe abgesicherten Stimmzettelsammlungen. Von diesen Voraussetzungen sind gegenwärtig die erste bei einem kleinen Teil der Arbeiter gegeben, die besten Ansätze zur dritten an den Hochschulen. Die Demokratisierungskampagne ist an der Basis noch nicht angekommen, wenn auch die Bedingungen für ihr Übergreifen nicht ungünstig sind. Gestreikt wird im allgemeinen immer noch erst bei letzter Zuspitzung der Situation, bei groben Eingriffen in das Lohnniveau, bei drohendem Verlust der Arbeitsplätze oder bei einseitiger Veränderung der Arbeitsbedingungen. Unterhalb dieser Explosionsschwelle sammelt sich eine Menge von Konfliktstoffen, zu deren Lösung im Sinne der Arbeiter durch die Arbeiter wir beizutragen hätten. Das erfordert die Entwicklung der Initiative von unten, reformerisch gesprochen der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Herausbildung neuer Aktionsformen im Betrieb, die über den Protest hinausgehen, trotzdem möglicherweise unterhalb der Streikschwelle liegen und praktisch in konkreten Einzelfragen vollendete Tatsachen im Sinne der Arbeiter schaffen, die nur durch Entlassung der gesamten Belegschaft rückgängig gemacht werden könnten. Das wiederum bedingt eine hohe Solidarität der Arbeiter eines Betriebes mit ihren Sprechern. Nicht zufällig häufen sich in letzter Zeit die Entlassungen politisch aktiver Arbeiter. Die Unternehmer sind peinlichst darauf bedacht, mögliche Kristallisationspunkte demokratischer Aktionen zu entfernen. Solange solche Entlassungen weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehen können und die sich oftmals mit ihren entlassenen Kollegen solidarisierten Belegschaften einer übel informierenden und demagogischen Betriebsleitung ausgesetzt sind, solange ist es wohl korrekt, zu behaupten, daß die Demokratisierungskampagne an der Basis noch nicht angekommen ist. Wenn wir überhaupt wollen, daß sie dort ankommt, ist es nur logisch, den nächsten Ansatzpunkt zu suchen. Diesen Punkt vergeben wir aber für geraume Zeit, wenn wir in der nächsten Bundestagswahl keine Alternative bieten. Wollte man sie auslassen, bedürfte es dazu einer theoretischen Gewaltkur, die die

realen Bedingungen des Klassenkampfes, seine subjektiven und objektiven, nicht mehr in ihre großen Entwürfe einzubauen weiß.

Das sind in Umrissen einige für die Bildung meiner Meinung wichtige Überlegungen. Ich bin nun konfrontiert mit den Argumenten, die Geißler/Karsunke im letzten Heft des „kürbiskern“ gegen eine Wahlalternative brachten. Ich möchte die wichtigsten referieren und gleichzeitig prüfen, ob sie mich zu einer Modifizierung oder sogar Änderung meiner Meinung zwingen.

1. Die Analyse der Entwicklung seit 1920 bestätigt die Lukacs'schen Warnungen. Diese Warnungen waren:

a) Die parlamentarischen Gruppen erliegen beinahe ausnahmslos der Schwierigkeit, im Parlament selbst zum wirklichen Hinausgehen über den Parlamentarismus zu gelangen.

b) Jede parlamentarische Tätigkeit, die in ihrem Wesen und in ihrer Wirkung nicht über das Parlament hinausgeht, nicht wenigstens die Tendenz zur Sprengung des parlamentarischen Rahmens hat, ist opportunistisch.

Die Analyse der Entwicklung bis 1920 und danach scheint mir für die Güteprüfung der Lukacs'schen Warnungen zunächst angebracht, weil sie in diesem Zeitraum keine Warnungen, sondern ihrem Inhalt nach Grundlage der Politik der jungen KPD waren. Die Ergebnisse dieser Taktik: Die Arbeiterbewegung wurde auf ihrem Weg zur Macht um Jahre zurückgeworfen, der deutsche Imperialismus konnte sich von den Niederlagen des 1. Weltkrieges und der Novemberrevolution erholen, die faschistische Form der Herrschaftsausübung vorbereitet werden. Der Hinweis auf mögliche opportunistische Entwicklungen wird in diesen Zusammenhängen etwas wesenlos. Opportunismus hat es immer gegeben, er wurde immer bekämpft, das wird man weiterhin müssen, seinen Gefahren unterliegt aber jeder Abgeordnete genauso wie ein Sprecher, Theoretiker, Funktionär, Mitglied, Aktivist einer revolutionären Bewegung, der sich vom Aufstehen bis zum Schlafengehen bürgerlichen Einflüssen ausgesetzt sieht. Um dem ganz aus dem Wege zu gehen, bleibt nur der Austritt aus der bürgerlichen Gesellschaft, den meinetwegen eine lustige Kommune durch einen Seitenausgang vollziehen kann, um über das Hauptportal wieder Einkehr zu halten, aber wer möchte die Belegschaft der Fa. Siemens für diesen Weg agitieren? Anders herum: Wenn wir aus lauter Angst vor opportunistischen Einflüssen darauf verzichten, in dieser Gesellschaft und aus ihr heraus die politische Macht erobern zu lernen, dann bedeutet das nicht nur die Kapitulation vor dem Opportunismus, sondern gleichzeitig selbstgewähltes Sektendasein. Wir verhielten uns dann wie einer, der sich aus Angst vor Bazillen das Leben nimmt. Satz 1b würde ich gerne jedem wirklich demokratischen und sozialistischen Abgeordneten, wenn es ihn gäbe, gerahmt überreichen: Jede parlamentarische Tätigkeit, die in ihrem Wesen und in ihrer Wirkung nicht über das Parlament

hinausgeht, nicht wenigstens die Tendenz zur Sprengung des parlamentarischen Rahmens hat, ist opportunistisch.

2. Der Abbauprozess des Parlamentarismus ist soweit fortgeschritten, daß der Bundestag ohnehin längst zu einem Akklamationsorgan für Beschlüsse geworden ist, die anderswo gefaßt werden. Die Linke sollte einem derartig transformierten Parlamentarismus nicht auch noch das Alibi liefern.

Dem im ersten Satz formulierten Ergebnis einer Analyse kann man zustimmen, ohne den zweiten nachvollziehen zu müssen. Die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an Parlamentswahlen kann nicht nur von einer isolierten Einschätzung des Zustandes bürgerlicher Parlamente abhängen, sondern von der Analyse der Herrschaftsausübung insgesamt, zu der auch das Bewußtsein der Beherrschten gehört. Im übrigen siehe Beitrag Hitzer in „kürbiskern“ 4/68 S. 656 ff.

3. In den letzten fünfzig Jahren gibt es kein Beispiel, daß die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln auf parlamentarischem Wege grundlegend und dauerhaft geändert worden wären.

Das stimmt. Wir wollen uns aber nicht — und das ist immer wieder betont worden — an den Wahlen beteiligen, um dem ‚parlamentarischen Kretinismus‘ zu verfallen und darauf zu warten, daß sich ein bürgerliches Parlament, auch in relativ fortschrittlicher Zusammensetzung, zugunsten einer sozialistischen Demokratie auflöst. Wir brauchen darüber nicht die Erfahrungen der Volksfront in Frankreich und Spanien vergessen (und könnten in diesem Zusammenhang mit dem Gedanken spielen: wie wäre der Spanische Bürgerkrieg verlaufen, wenn in Deutschland und Italien damals wenigstens bürgerlich-parlamentarisch regiert worden wäre, von einer Volksfront ganz zu schweigen? Wenn es keine Blaue Division und keine Legion Condor für den Generalissimus gegeben hätte?).

4. Sobald das Parlament die herrschende Klasse auch nur potentiell gefährdet, wird es entweder durch Wahlrechtsmanipulationen gegen eine demokratische Umfunktionierung abgeschirmt oder im Ernstfall durch einen Notstandsstreik abgeschafft.

Auch das stimmt, bloß ist dabei eines nicht erwähnt: daß Wahlrechtsmanipulationen und Abschaffung des Parlaments auch bestimmte politische Kräfteverhältnisse voraussetzen. Wer das Wahlrecht manipulieren kann, der kann auch Demonstrationen gegen Springer zerschlagen, wer das Parlament abschafft, kann auch Demonstrationen abschaffen. Machen wir also einen aktiven Demonstrationsboykott?

Der Kampf gegen die Notstandsgesetze war, genau genommen, schon verloren, als sich in ihm eine breitere Bewegung herauszubilden begann. Die erste zentrale Aktion, der Notstandskongreß von Frankfurt, fand erst im Oktober 1966 statt. Die Vorbereitungen zur Vorlage der NS-Gesetze erstreckten sich über Jahre, über ein Jahrzehnt. Es ist uns in dieser Zeit nicht gelungen, eine Massenbewegung gegen diese Gesetze zu initiieren. Im Gegenteil gab es z. B. in manchen SDS-Gruppen heftige Auseinandersetzungen über die Frage, ob man die NS-Gesetze überhaupt bekämpfen dürfe, da dies ja bereits systemimmanent sei. Ich will damit nicht dem SDS unsere Niederlage im Kampf gegen die NS-Gesetze in die Schuhe schieben, sondern feststellen, daß viele Teilnehmer außerparlamentarischer Aktionen sich darüber im klaren waren, daß dieser Kampf zu diesem Zeitpunkt in seiner konkreten Zielsetzung nicht mehr gewonnen werden konnte, sondern seine eigentliche Bedeutung in der Bildung einer demokratischen Massenbewegung lag. Ihre Ausstrahlung vor allem auf die arbeitende Bevölkerung galt es auch nach der Niederlage zu erhalten. Das erwies sich als so schwierig, wie man es vorhersehen konnte, nachdem viele Teilnehmer der außerparlamentarischen Aktionen mit der Überzeugung angetreten waren, die Verabschiedung der NS-Gesetze verhindern zu können. Die einen resignierten, als sie das augenblickliche Kräfteverhältnis zwischen Monopolkapital und demokratischer Bewegung erkennen mußten, andere wollten dem Gegner nun „langfristiger“ an den Kragen gehen. „Langfristigkeit“ fungierte als Gegensatz zu „Kurzsichtigkeit“, der ja niemand das Wort reden will. Verzichtet man auf Polemik, ergibt sich beinahe von selbst die Aufgabe, kurzfristige Aktionen in langfristige Bewegungen überzuleiten, beide dem Ziel dienlich zu machen. Die Schwierigkeiten bei der notwendigen Verbindung kurzfristiger Aktionen mit langfristiger Planung sind aber nicht dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man auf die ersten auch nur eine zeitlang verzichtet. Das gilt auch umgekehrt. Auf dem Papier kann die außerparlamentarische Opposition zwischen vielen Aufgaben wählen, die sie sich zentral stellt: Bildungszirkel, Aktionen gegen den Justizapparat, demokratische Arbeit in der Bundeswehr usw. Das Beispiel einer zentralen, oder besser überregionalen Aktion sehe ich in der Kampagne gegen die NS-Gesetze. Keine der oben genannten und weitere mögliche Aufgaben haben aber die Voraussetzungen so in sich, den Aktionsradius der Apo wieder zu erreichen und zu vergrößern, wie die Beteiligung an der Bundestagswahl 69, ohne daß die anderen Aufgaben und Aktionen etwas einzubüßen brauchen, im Gegenteil.

5. Wer das bestehende Parlament als politische Tribüne akzeptiert, muß parlamentarische Macht wollen. Wer für die Linke in der Bundesrepublik parlamentarische Macht will, sollte bedenken, was bevorsteht, wenn das Ziel erreicht wird.

Wir akzeptieren das Parlament als Tribüne, wie wir es akzeptieren, dem „Spie-

gel‘ ein Interview zu geben. Wir wollen parlamentarische „Macht“ — wobei wir wissen, daß die Machtfrage nicht im Parlament steht, sagen wir also besser, wir wollen im Parlament einen Brückenkopf — wie wir im Rundfunkrat die „Macht“ wollen. Wenn unser Volk die Herrschaft einmal nicht mehr duldet und seine eigene Macht spürt und einsetzt, wissen wir, daß die winzige Schicht der Herrschenden ihre Herrschaft mit rücksichtsloser Brutalität verteidigen wird. Wie groß und wie stark die Hilfstruppen sind, auf die sie sich dabei stützen können, wird von unserer Fähigkeit abhängen, die realen Interessen des Volkes von heute an zu unseren eigenen zu machen, den diesen Interessen entgegenstehenden Hauptwiderspruch jeweils zu erkennen (der in der Bundesrepublik heute zwischen Monopolkapital und der großen Mehrheit des Volkes verläuft), davon ausgehend die verschiedenen Phasen des Kampfes zu organisieren und so die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten Schritt für Schritt in die Lage zu versetzen, die Machtfrage nicht nur verbal, sondern real zu stellen.

6. Die Kritik an den Formulierungen des Gießener Kreises teile ich, soweit sie sprachlich-soziologisch ansetzt, jedoch nicht in ihren politischen Folgerungen. Wie die Notstandsgesetze ein Instrument der Herrschaft sind, kann das Grundgesetz in der derzeitigen Phase des Kampfes ein Instrument gesellschaftlicher Veränderung sein. Das Grundgesetz der Bundesrepublik spiegelt ziemlich genau die politischen Machtverhältnisse der damaligen Westzonen. Der Verfassungstext, der sich aus dieser Machtkonstellation ergab, ist für die Herren der Monopole zur Zeit weder brauchbar noch tragbar. Die Verfassungswirklichkeit wurde den neuen Bedürfnissen schon länger angepaßt, die Formalitäten durch die Notstandsverfassung nachgeholt. Im Bewußtsein der Bevölkerung spielt dieses Grundgesetz eine Rolle, zurecht, weil sie in diesem Text von allen Verfassungstexten der letzten 35 Jahre bestimmte Rechte am ehesten aufgenommen sieht. Dieses Bewußtsein einzukalkulieren und von ihm auszugehen heißt nicht, auf den Stand der rückständigsten Schichten zurückzufallen oder sich mit dem durchschnittlich Vorgefundenen zufrieden zu geben, sondern vom Effektiven auszugehen.

7. Die zu erwartende Bewußtseinstrübung, die ein Wahlbündnis automatisch hervorbringen würde, glaube ich im bisher Gesagten widerlegt zu haben. Das waren die wichtigsten Argumente, die Geißler/Karsunke in „kürbiskern“ 4/68 gegen die Wahlalternative brachten. Es gibt noch andere. Nach ihrer Prüfung halte ich meine Meinung, daß sich die außerparlamentarische Opposition mit all ihren Gruppierungen an den Bundestagswahlen 1969 beteiligen sollte, für richtig. Mir scheint, es gibt kein überzeugendes Argument dagegen.